

Vortrag am 06.12.2016 in der Ringvorlesung „Behinderung ohne Behinderte!? Perspektiven der Disability Studies“

Kapitalismus, Krise, Behinderung. Ein Streifzug durch die deutsche Geschichte des 20. und frühen 21. Jahrhunderts

Michael Zander

Zunächst einmal möchte ich mich bedanken für die Einladung. Eine frühere Version dieses Vortrags geht zurück auf eine Anfrage des Antifa-Cafés Mühlheim. Die dortige Antifa hatte mich freundlicherweise gebeten, etwas darüber zu sagen, wie Behinderung und Kapitalismus zusammenhängen. Zuerst war ich begeistert von der Themenstellung, aber dann begann ich, diese an sich sehr gute Frage in Frage zu stellen, weil sie mir in der vorliegenden Form nicht beantwortbar zu sein schien. Unter „Kapitalismus“ verstehen wir – zumindest in der von Karl Marx und Friedrich Engels begründeten („marxistischen“) Tradition – eine Gesellschaft, die von einer kapitalistischen Produktionsweise geprägt ist. Was immer das bedeutet, sicher ist jedenfalls, dass kapitalistische Gesellschaften, je nach Zeit und Ort, sehr unterschiedliche Formen annehmen können. Und das heißt auch, dass die Lebensbedingungen ihrer Mitglieder sehr verschieden sein können, diejenigen behinderter Menschen eingeschlossen. Mit anderen Worten, Kapitalismus ist ein sehr allgemeiner Begriff, ebenso übrigens wie der Begriff der Behinderung. Folglich dürfte es schwierig sein, allgemeingültige Aussagen über das Verhältnis von Kapitalismus und Behinderung zu treffen, wenn man nicht den Preis eines hohen Abstraktionsgrades zahlen will.

Wir sollten also die Frage anders und konkreter stellen. Ich schlage vor, historisch vorzugehen und zu zeigen, wie ökonomische Bedingungen die deutsche Behindertenpolitik und das gesellschaftliche Bewusstsein über Behinderung im 20. und frühen 21. Jahrhundert wesentlich beeinflusst haben. Ich gebe zu, dass das ein sehr anspruchsvolles Unternehmen ist, das hier, wenn überhaupt, nur ansatzweise und skizzenhaft durchgeführt werden kann. Die deutschsprachige Disability History ist bisher überwiegend sozialkonstruktivistisch geprägt, wenngleich in ihrem Rahmen einige interessante Studien entstanden sind, auf die ich mich beziehen werde. Eine (deutschsprachige) materialistische Geschichtsschreibung zum Thema Behinderung scheint noch auszustehen.

„Wir müssen bei den voraussetzungslosen Deutschen damit anfangen“, schreiben Marx und Engels im Jahr 1845, „dass wir die erste Voraussetzung aller menschlichen Existenz, also auch aller Geschichte konstatieren, nämlich die Voraussetzung, dass die Menschen imstande sein müssen zu leben, um ‚Geschichte machen‘ zu können. Zum Leben aber gehört vor Allem Essen und Trinken, Wohnung, Kleidung und noch einiges Andere.“

Eine Grundannahme des von Marx und Engels begründeten historischen Materialismus lautet, dass wesentliche geschichtliche Entwicklungen nicht primär aus zufälligen Bewusstseinsinhalten der Akteure zu erklären sind, sondern dass sich vielmehr das jeweils herrschende Bewusstsein in Auseinandersetzung mit bestimmten Bedingungen herausbildet. Zu diesen Bedingungen gehören vor allem gesellschaftliche Beziehungen, in denen Menschen ihre Nachkommen großziehen und erhalten und in denen sie ihre Lebensmittel im weitesten Sinne herstellen (letztere heißen Produktionsverhältnisse); dazu gehören ferner die für diese Herstellung verwendeten Technologien auf einem bestimmten Entwicklungsstand (als entscheidender Teil der so genannten Produktivkräfte).

Auch ohne detaillierte ökonomische Kenntnisse lassen sich einige zentrale Charakteristika des Kapitalismus ausmachen. Die kapitalistische Produktionsweise beruht zunächst einmal offensichtlich auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln.

Produktionsmittel können z.B. industrielle Anlagen oder auch Einrichtungen zur Bereitstellung und Vermarktung von Dienstleistungen sein. Die Eigentümer von Produktionsmitteln nutzen Lohnarbeit, um aus ihrem eingesetzten Kapital Gewinn zu erzielen und ein Teil dieses Gewinns wiederum in Kapital zu verwandeln. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die Lohnarbeit verrichten, weil sie nicht über andere Mittel verfügen, um ihr Leben zu erhalten. Sie erzeugen den Mehrwert, den sich die Eigentümer der Produktionsmittel gratis aneignen, ein Vorgang, den Marx polemisch „Plusmacherei“ nennt.

Der Unterschied zwischen Lohnarbeit und Kapital ist als solcher unzweifelhaft. Es ist offenbar ein Unterschied, ob ich eine Schlecker-Frau bin oder ob ich Frau Schlecker bin – mit anderen Worten, ob ich für eine Drogeriemarktkette an der Kasse sitze oder ob mir die Drogeriemarktkette gehört. Angeblich hat Eigentümer Anton Schlecker sein Vermögen von knapp zwei Milliarden Euro durch die Insolvenz seines Unternehmens verloren. Allerdings stehen der Familie durch weitere Einkünfte weiterhin 70.000 Euro im Monat zur Verfügung (vgl. Hage & Hirn 2012).

Das Kapital kann natürlich einen sehr verschiedenen Umfang haben; im Rahmen von Aktiengesellschaften ist das Eigentum in Aktienpaketen auf verschiedene Personen und Institutionen, z.B. Banken, verteilt. Die Kapitalisten konkurrieren miteinander, gleichzeitig betreiben sie mittels ihrer Unternehmerverbände eine gemeinsame Interessenpolitik. Auf der anderen Seite können Welten liegen zwischen verschiedenen Kategorien abhängig Beschäftigter, z.B. zwischen gut bezahlten Facharbeitern und prekären Leiharbeiterinnen, zwischen Angestellten mit akademischem Abschluss und „ungelernten“ Arbeitern. Und auch die abhängig Beschäftigten konkurrieren natürlich miteinander. Gemeinsame Interessen vertreten sie bekanntlich mittels der Gewerkschaften.

Keine Gesellschaft könnte allerdings funktionieren, beruhte sie ausschließlich auf den Beziehungen von Lohnarbeit und Kapital. Der Erhalt unserer Gesellschaft beruht zum großen Teil auf unbezahlter Reproduktionsarbeit, die häufig von Frauen verrichtet wird, insbesondere in den Bereichen Erziehung und Pflege. Zu nennen sind auch die zahlreichen staatlichen Angestellten, die im Bildungssektor, in der Krankenversorgung oder bei Feuerwehr und Polizei arbeiten, deren Betriebsweise nicht durchgängig kapitalistisch ist. Zur sozialen Sicherung einer Gesellschaft gehört alles, was man „Sozialstaat“ nennt, aber auch Regulierungen wie Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutz.

Kapitalistische Gesellschaften sind außerdem geprägt vom Entwicklungsstand ihrer Schlüsseltechnologien. Es macht offensichtlich einen bedeutenden Unterschied, ob die Produktion eines Landes von Bergbau und Stahlindustrie gekennzeichnet ist oder von einem großen Dienstleistungssektor und automatisierter Fertigung mit dem Computer als „Leitproduktivkraft“ (vgl. Haug 2003). Man kann vermuten, dass es auch vom technologischen Entwicklungsstand abhängt, welches Verhältnis eine Gesellschaft zu kognitiven oder körperlichen Leistungen hat. Die These lautet: Im heutigen High-Tech-Kapitalismus verlieren körperliche Fähigkeiten an Bedeutung, intellektuelle Fähigkeiten dagegen werden wichtiger.

Kritik am Kapitalismus entzündet sich regelmäßig an den Folgen einer deregulierten Produktion. Dies betrifft den unmittelbaren Konflikt zwischen Kapital und Arbeit im Hinblick auf Löhne und Arbeitsbedingungen. Dies betrifft aber auch die Frage, welchen Anteil das Kapital an der Sicherstellung der öffentlichen Aufgaben leistet, ferner mangelnde Regulierungen in den Bereichen soziale Sicherheit, Umweltschutz und internationale Konkurrenz. Der Demokratie sind enge Grenzen gesetzt, insofern und wenn zwischen Kapital und Arbeit ein starkes Machtungleichgewicht besteht. Große Unternehmen setzen, wenn

nötig, Regierungen unter Druck, wenn es etwa um die Wahl von Produktionsstandorten geht, sie nehmen Einfluss auf die Gesetzgebung und ihre Interessen haben großes Gewicht, wenn es um die Frage von Krieg und Frieden geht. In der Regel gibt sich die Politik große Mühe, den Interessen der Eigentümer gerecht zu werden. Und schließlich ist die kapitalistische Produktion als solche krisenhaft. Wirtschaftskrisen können, wie wir wissen, ganze Volkswirtschaften in den Ruin treiben. Tiefgreifende Krisen beschränken sich nicht auf den Bereich der Lohnarbeit, sondern erfassen die Gesellschaft als Ganze, also auch den Bereich der Reproduktionsarbeit (vgl. Fraser 2016).

Unter Sozialismus verstehen wir gemeinhin eine mehr oder weniger egalitäre Gesellschaft, in der die Macht des Kapitals mindestens zurückgedrängt ist. Diese Vorstellung eint große Spannweite linker Traditionen wie die „klassische“ Sozialdemokratie sowie verschiedene Richtungen des Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus. Versuche, solche sozialistischen Gesellschaften dauerhaft zu etablieren, sind bisher gescheitert. Die politischen und ökonomischen Ergebnisse des Sozialismus in der Sowjetunion, der immerhin rund 70 Jahre währte, sind ziemlich umstritten, eignen sich jedenfalls wenig dazu, Begeisterung auszulösen. Nicht zuletzt wegen der gescheiterten und nunmehr historischen Alternative in Osteuropa kann sich der Kapitalismus heute immer noch auf breite Zustimmung stützen. Andererseits werden die Schwächen kapitalistischer Ökonomien spätestens seit Beginn der Weltwirtschaftskrise 2007/2008 immer deutlicher, so dass Diskussionen über Sozialismus heute viel weniger tabuisiert sind als zum Beispiel in den 1990er Jahren.

Häufig ist die Kernthese des historischen Materialismus dahingehend missverstanden worden, dass der Verlauf der Geschichte und das Bewusstsein der handelnden Menschen durch die Ökonomie vorherbestimmt sei. Allerdings führt die kapitalistische Produktion nur zu bestimmten Resultaten, wie eine Gesellschaft mit diesen Resultaten umgeht, ist allerdings offen und das Ergebnis von gesellschaftlichen Konflikten. Und von der Austragung dieser Konflikte hängt ab, welche Ideen sich gesellschaftlich durchsetzen.

Was hat das alles mit dem Thema Behinderung zu tun? Meine These ist, dass die Entwicklung des Kapitalismus auch der Emanzipation behinderter Menschen Grenzen setzt und Möglichkeiten eröffnet. Allerdings kann ich diese These hier nicht im engeren Sinne beweisen. Dies würde ein umfangreiches Forschungsprogramm erfordern. Ich kann nur versuchen, diese These plausibel zu machen. Dabei lege ich einen sozusagen „naiven“ Behinderungsbegriff zugrunde. In der Fachliteratur werden unterschiedliche Definitionen, Modelle und Theorien diskutiert, deren Darstellung abendfüllend wäre. In den historischen Quellen begegnen uns verschiedene Kategorien, die wir zu Kenntnis nehmen, aber nicht zu eigen machen müssen: Krüppel, Invalide, Körperbehinderte, Geisteskranke, Blinde, Taubstumme usw.

Man darf sich, wie gesagt, den Zusammenhang von kapitalistischer Ökonomie und Behindertenpolitik nicht so einfach vorstellen, dass auf jede Rezession eine Welle von Sozialkürzungen folgen würde. Feststellen kann man aber zumindest die folgenden vier Trends:

1. Relativ klar ist ein Zusammenhang zwischen Ökonomie und Sozialkürzungen nur nach der Weltwirtschaftskrise 1929 in Deutschland und ab 2007 in den von der Finanzkrise stark betroffenen Ländern, insbesondere in Südeuropa (s.u.).
2. Ökonomisch bestimmend dürfte auch der Arbeitskräftebedarf in der BRD in den 1960er und frühen 1970er Jahren gewesen sein für die Konzentration auf die berufliche Rehabilitation Behinderteter.

3. Eine widersprüchliche Entwicklung zeigt sich in der Bildungsexpansion beim Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft in den 1970er Jahren. Einerseits wurden die Sonderschulen ausgebaut, andererseits empfahl der Deutsche Bildungsrat 1973 erstmals eine gemeinsame Unterrichtung behinderter und nichtbehinderter Kinder.
4. Man kann darüber diskutieren, ob die Ausrichtung der Behindertenbewegung an individueller Selbstbestimmung, Antidiskriminierung und Menschenrechten seit den 1980er Jahren etwas mit dem zur selben Zeit aufsteigenden Neoliberalismus zu tun haben. Damit will ich nicht sagen, dass Selbstbestimmung und Menschenrechte als solche neoliberal wären. Es sind aber Kategorien, bei denen es Überschneidungen zwischen sozialen Bewegungen und Neoliberalen gibt. Und das ist vielleicht kein Zufall.

Betrachten wir die Entwicklungen im 20. und frühen 21. Jahrhundert näher.

1919-1933

In den Jahren 1888 und 1893 entwirft Friedrich Engels ein gespenstisches Bild von der Zukunft. Er prognostiziert einen von „Preußen-Deutschland“ einen „Verwüstungskrieg, wie die Welt noch keinen gesehen hat“ (Engels 1893), „und zwar ein(en) Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet (...); endend im allgemeinen Bankrott (...), derart, dass die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt...“ (Engels 1888).

Bekanntlich kommt es zu diesem Weltkrieg in den Jahren zwischen 1914 und 1918, ein Krieg, in dem Deutschland, wie der Kaiser gesagt hat, um einen „Platz an der Sonne“, d.h. um neue Absatz- und Profitmöglichkeiten kämpft. Der anschließende Bankrott und das Ende der Monarchie betreffen vor allem die Hauptaggressoren Deutschland und Österreich-Ungarn.

Der Erste Weltkrieg fordert weltweit etwa 10 Millionen Tote und 27 Millionen Verwundete. Bereits zu Beginn des Kriegs fordert die Frau des Kaisers die Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge dazu auf, „sich bereit zu halten für die kommende Unterbringung und Versorgung der Kriegsverletzten“ (zit. n. Fuchs 2001, S. 34). Bald nach dem Krieg, 1920, wird mit dem „Preußischen Krüppelfürsorgegesetz“ erstmals ein Rechtsanspruch Körperbehinderter auf Versorgung geschaffen.

Es entstehen Behindertenorganisationen, die vom Staat unabhängig sind und in denen Behinderte selbst entscheidenden Einfluss haben. Im Jahr 1919 wurde der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit gegründet. Es handelt sich um eine linke Abspaltung des sozialdemokratischen „Reichsbundes“, die zuerst der USPD, später der KPD nahesteht. Mitglieder sind laut Satzung „Kriegsbeschädigte und –hinterbliebene, Unfall-, Invaliden-, Sozialrentner, Tumultbeschädigte sowie deren Hinterbliebene.“ Besonders angesprochen werden sollen ferner: „Wohlfahrtsempfänger (...), Taubstumme, Blinde, Körperbehinderte (...), Invaliden.“ (vgl. Zander & Wagner 2009)

Im gleichen Jahr gründen Otto Perl, Hilde Wulff und andere den SPD-nahen Selbsthilfebund der Körperbehinderten, der insbesondere die „Friedenskrüppel“ vertreten soll. Der Bund werde, so der Vorsitzende Perl, werde „vom Krüppel nach Möglichkeit selbst (...) verwaltet...“ (vgl. Zander 2004, Fuchs a.a.O.). Unter anderem gründet der Selbsthilfebund Unternehmen, um Behinderten Arbeitsplätze zu verschaffen. Perl nimmt übrigens für sich in Anspruch, den Begriff „körperbehindert“ erfunden zu haben.

Aber auch die Rechten werben um behinderte Menschen. Im Bestand des Bundesarchivs findet sich ein Flugblatt der „Sektion Gehörlose und Schwerhörige der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Gau Groß Berlin“. Dieses ruft auf zur »Massenversammlung mit dem Thema: Tod dem Marxismus – damit Deutschland lebe!« (vgl. Zander & Wagner 2009)

1929 bricht die Weltwirtschaftskrise aus, zuerst an den US-Börsen. Das Deutsche Reich ist besonders betroffen, da der Wiederaufbau nach dem Weltkrieg besonders auf US-Investitionen beruht. Ein Jahr später wird die NSDAP zweitstärkste Partei hinter der SPD. Der Staat reagiert auf die Wirtschaftskrise mit umfangreichen Sparmaßnahmen auch in der Behindertenhilfe. Die Deutsche Gesellschaft für Krüppelfürsorge richtet ein Notprogramm ein und nennt als Ziel, die Arbeitsfähigkeit von Menschen wiederherzustellen. Menschen mit verschiedenen Behinderungen spielt sie gegeneinander aus und betont, dass die Hilfe für Körperbehinderte billiger sei als die für Blinde oder „Geisteskranke“ (vgl. Fuchs a.a.O.).

Die Firmen des Selbsthilfebundes der Körperbehinderten gehen in Konkurs. Zuspruch für die NSDAP gibt es auch unter Behinderten. Ein Gehörloser des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit schreibt 1931 an einen Genossen: Es gelte, „mit ganz handgreiflichen Mitteln auch unter Taubstummen mit der Hakenkreuzpest aufzuräumen.“ (vgl. Zander 2010)

1933-1945

Nach ihrem Machtantritt stellen die Nazis die meisten Behinderten als Ballast dar. Innenminister Frick erklärt: „Wie sehr die Ausgaben für Minderwertige und Asoziale, Kranke, Schwachsinnige, Geisteskranke, Krüppel und Verbrecher heute das Maß überschreiten, was wir unserer schwer um ihre Existenz ringenden Bevölkerung zumuten dürfen, ersehen wir aus den Kosten, die (...) zu ihrer Versorgung aufgebracht werden müssen.“ (zit. n. Fuchs 2001, 112)

Der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit wird als kommunistische Organisation verboten. Der ehemalige Selbsthilfebund gleichgeschaltet und in die NS-Volkswohlfahrt eingegliedert. 1936 versucht der einstige Vorsitzende Perl, sich dem neuen Regime anzudienen. Er schreibt in einem Artikel: „Keiner begrüßt es (...) mit aufrichtigerer Dankbarkeit als der Körperbehinderte selbst, dass die nationalsozialistische Staatsführung (...) die Grundlagen für eine neue Volkshygiene geschaffen hat.“ Nach dem Krieg und nach den Massenmorden an Behinderten, der sogenannten Euthanasie, erklärt Perl gegenüber den sowjetischen Besatzungsbehörden, das deutsche Fürsorgewesen sei „in seiner reaktionärsten Epoche“ in „einen Sumpf von Unmenschlichkeit hinabgesunken“ (zit. n. Zander 2004).

1945-1973

In den späten 1940er und 1950er Jahren stehen die Belange der Kriegsverwundeten im Mittelpunkt der westdeutschen Behindertenpolitik. Ab Mitte der 1950er verschiebt sich der Akzent allmählich zur beruflichen Rehabilitation und zum wachsenden Arbeitskräftebedarf, der bis in die 1970er Jahre andauert. Angesichts eines „leergefegten Arbeitsmarkts“, so der Arbeitsamtspräsident Baden-Württembergs 1961, sei man „auf jedes Quäntchen Arbeitskraft angewiesen“ (zit. n. Rudloff 2016, 62). Die berufliche Rehabilitation bezieht sich zunächst vorwiegend auf Männer und männliche Jugendliche, weil man vom später so genannten Familienernährermodell ausgeht.

1968 werden die ersten Clubs Behinderter und ihrer Freunde gegründet, als gemischte Gruppen zur Freizeitgestaltung und Interessenvertretung. Ein Jahr später erwähnt

Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) erstmals behinderte Menschen in einer Regierungserklärung. „Wir wollen besonders für die Mitbürger sorgen, die trotz Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung im Schatten leben müssen. Wir werden um verstärkte Maßnahmen bemüht sein, den Behinderten in Beruf und Gesellschaft Chancen zu eröffnen, wo immer dies möglich ist.“ (zit. n. Bösl 2016, S. 84)

Im Bereich der Bildungspolitik rekapituliert Wilfried Rudloff (2016) eine widersprüchliche Entwicklung. Der Ausbau der Sonderschulen „erfolgte im Windschatten der allgemeinen Bildungsexpansion“ (S. 66); verglichen mit anderen Industrieländern sei ein hoher Prozentsatz von Kindern den Sonderschulen zugewiesen. Rudloff spricht von einer „Dialektik von Förderung und Ausgrenzung“. 1973 empfiehlt der Deutsche Bildungsrat erstmals einen gemeinsamen Unterricht. Befürworter wollen die Prinzipien der Gesamtschulidee – gemeinsamer Unterricht, differenzierte Förderung, Durchlässigkeit – „auf die behinderten Kinder und Jugendlichen übertragen sehen“ (ebd., 68).

1973-1990

Das Jahr 1973 gilt rückblickend als Wendepunkt der kapitalistischen Entwicklung im Westen. Es kommt zur sogenannten ersten Ölkrise, als die OPEC-Länder ihre Förderquoten drosseln. Die hohen Wachstumsraten der Nachkriegszeit brachen ein. Der Club of Rome hatte 1972 auf die prinzipiellen „Grenzen des Wachstums“ aufmerksam gemacht (vgl. Meadows et al. 1972). Die Bindung der westlichen Währungen an den Dollar wurde aufgehoben. Außerdem ist 1973 das letzte Jahr der Vollbeschäftigung in den OECD-Ländern. Die Anwerbung von „Gastarbeitern“ wird gestoppt. Das Kräfteverhältnis zwischen Gewerkschaften und Unternehmern verschiebt sich allmählich zugunsten der letzteren.

Mitte der 1970er Jahre ist nichtsdestotrotz „ein relativ hoher Wohlstand in erheblichen Teilen der Gesellschaft erreicht“ (Boris 2014, 17), was die Hinwendung zu neuen politischen Fragen und „immateriellen Werten“ begünstigt: Selbstverwirklichung, Autonomie, Anerkennung sexueller Orientierungen, Geschlechtergleichheit bzw. Recht auf Differenz, Naturschutz etc.

Ab 1977 bilden sich die sogenannten Krüppelgruppen, die sich der autonomen Linken zurechneten und deren Mitglieder ausschließlich behinderte Menschen waren. 1980 werden die Grünen gegründet, eine Partei, die die neuen Fragen aufnimmt und der sich die aufkommende Behindertenbewegung verstärkt zuwendet.

Das „Goldene Zeitalter“, wie es der Historiker Eric Hobsbawm (1999) nannte, neigt sich dem Ende zu. Konservative Regierungen senken die öffentlichen Ausgaben und Steuern für die Wohlhabenden, sie privatisieren öffentliche Einrichtungen und deregulieren den Arbeitsmarkt. Den Anfang machen ab 1979 der sogenannte Thatcherismus in Großbritannien und 1981 die „Reagonomics“ in den USA. Mit ähnlicher Programmatik trat Helmut Kohl 1982 die Kanzlerschaft an und verkündet eine „geistig-moralische Wende“. Aber die eigentliche neoliberale Kürzungswelle und das Ende des Rheinischen Kapitalismus folgen erst in den 1990er und 2000er Jahre.

1990-2006

Die 1990er Jahre stehen ganz im Zeichen des Endes der DDR. Sozialistische und linke Politik gelten als völlig diskreditiert. Die Krüppelgruppen schließen sich zur Interessengemeinschaft Selbstbestimmt Leben zusammen und gründen Beratungsstellen. Ihre linken Ideen geben die meisten nach und nach auf. Ihre zentrale Forderung ist die nach Selbstbestimmung. Behinderte sollten die gleichen Entscheidungen treffen können wie Nichtbehinderte, indem sie über Persönliche Assistenz, barrierefreie Infrastrukturen und nutzbare Transportmittel

verfügen. Die Behindertenbewegung setzt verstärkt auf Menschenrechte und Antidiskriminierung (vgl. Köbsell 2012, 25f).

Selbstbestimmung und Menschenrechte steigen allerdings auch zu Leitbegriffen der herrschenden Ideologie auf. Im Namen von Selbstbestimmung sollen Menschen zum Beispiel aus einer angeblichen Vormundschaft des Sozialstaats oder staatlicher Hochschulpolitik befreit werden. Das heißt nicht, dass die Behindertenbewegung bewusst neoliberale Begriffe verwenden würde. Aber sie versäumt es, die gesamtgesellschaftliche Entwicklung zu berücksichtigen und dazu Position zu beziehen.

Die Sozialdemokratie schwenkt um auf eine unternehmens- und globalisierungsfreundliche Politik. Statt um die Stimmen der abhängig Beschäftigten wirbt die SPD um eine „Neue Mitte“, der britische Premier Anthony Blair ruft „New Labour“ ins Leben und in den USA führen Präsident William Clinton und seine Frau, die Senatorin Hillary Clinton, die „New Democrats“. Die Agenda 2010, die Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung 2003 verkündet, treibt die Vergrößerung der sozialen Ungleichheit voran: Krankenkassenleistungen werden gestrichen, die Renten gekürzt und „Hartz IV“ installiert. Die Maßnahmen münden unter anderem in einen großen Niedriglohnsektor im Land. Die Binnennachfrage wird dadurch gedrosselt, die Exportorientierung gestärkt.

2006-2016

Das letzte Jahrzehnt beginnt mit zwei Ereignissen, die an sich nichts miteinander zu tun haben. 2006 verabschieden die Vereinten Nationen die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die in der Bundesrepublik 2009 in Kraft tritt. Die UN-BRK, die wesentlich auf die Initiative lateinamerikanischer Staaten zurückgeht, verallgemeinert ein Prinzip, das die UNESCO in ihrer Erklärung von Salamanca 1994 auf das Schulwesen angewandt hatte. Das Bildungssystem soll, statt Kinder zu „integrieren“, von vornherein so gestaltet sein, dass alle daran partizipieren können. Die UN-BRK bezieht nun alle gesellschaftlichen Lebensbereiche mit ein. Zweck der BRK ist es laut Artikel 1, den „Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderung (...) zu gewährleisten“ (vgl. UNO 2008). Es geht um die volle „Einbeziehung in die Gesellschaft“ (Artikel 3). Unter anderem verpflichten sich die Vertragsstaaten, die Barrierefreiheit des öffentlichen Raums zu gewährleisten und gemeindenahere Unterstützungsdienste bereitzustellen. Behinderte dürfen der Konvention zufolge nicht gezwungen werden, in einer bestimmten Wohnform zu leben, sie dürfen nicht vom regulären Bildungssystem ausgeschlossen werden und müssen ihre Beschäftigung auf einem „zugänglichen Arbeitsmarkt“ (Artikel 27) frei wählen können. Deutschland liegt bei der Umsetzung der BRK im Rückstand, wie ein UNO-Bericht von 2015 verdeutlicht. Der zuständige Fachausschuss zeigt sich „tief besorgt“ über die unfreiwillige Unterbringung von Menschen in Institutionen und den Ausschluss behinderter Flüchtlinge von bestimmten Sozial- und Gesundheitsleistungen. Der Arbeitsmarkt ist laut dem Bericht stark segregiert, nicht zuletzt deshalb, weil die Behindertenwerkstätten ihr Klientel nicht auf andere Beschäftigungsverhältnisse vorbereiten (UN-Ausschuss 2015). Inwieweit diese Ziele im Kapitalismus umsetzbar sind und inwieweit eine verkürzte Lesart von Inklusion zur neoliberalen Variante dieses Kapitalismus passt, wird kontrovers diskutiert (vgl. Maskos 2017).

Das zweite Ereignis ist die bis heute andauernde Weltwirtschaftskrise, die 2007/2008 mit dem Platzen der US-Immobilienblase und der Pleite der US-Bank Lehman Brothers beginnt. Besonders von der Krise betroffene Länder in Europa greifen zu Sparmaßnahmen auch in der Behindertenpolitik.

In Griechenland wurden mehrfach die Beihilfen für Hilfsmittel gekürzt, auch unter der Syriza-Regierung, die zunächst versucht hatte, behinderte und alte Menschen vor den Sparmaßnahmen zu schützen. Ähnliche Entwicklungen gibt es in Spanien. Anfang Dezember 2012 beteiligten sich in Madrid zehntausende Behinderte, Pflegebedürftige und Pflegekräfte an einer landesweiten Demonstration. Die spanische Regierung hatte zuvor die Kürzung von 2,7 Milliarden Euro im Pflegebereich angekündigt. Zudem litten Betroffene und Pflegekräfte unter der mangelnden Zahlungsmoral und der schleppenden Bearbeitung von Anträgen durch die Behörden. Unter den 75000 Menschen, die im November des Jahres ihre Arbeit verloren hatten, waren insbesondere viele Pflegekräfte (*Neues Deutschland*, 6.12.12). Zwar ist ein neues Pflegegesetz in Kraft getreten, das Verbesserungen bringen sollte. Aber die Bearbeitung der Anträge erfolgt so langsam, dass mehr Menschen sterben als einen Bescheid erhalten. Zudem ist die Erwerbslosenquote unter Behinderten sprunghaft angestiegen.

Derartige Probleme sind aber keineswegs auf diese Länder beschränkt. Dies zeigt ein Bericht, den das European Foundation Centre (vgl. Hauben et al. 2012), eine Dachorganisation von internationalen Stiftungen, im Oktober 2012 veröffentlichte. Dem Report zufolge sind Behinderte EU-weit besonders von Armutsrissen betroffen. Vor allem in Rumänien und in Großbritannien seien behinderte Beschäftigte unter den ersten, die ihre Arbeit verlieren. Britische und irische Studien weisen zudem darauf hin, dass die ökonomische Krise die psychische Gesundheit sowohl der Beschäftigten als auch der erwerbslosen Bevölkerung beeinträchtigt; Arbeitsbelastungen sowie Medikamenten- und Alkoholmissbrauch nähmen deutlich zu. Mit Blick auf Ungarn weist der Bericht ausdrücklich auf die negative Rolle der neuen Verfassung hin, die von den Rechtspopulisten um Ministerpräsident Viktor Orbán erlassen wurde. Dieser zufolge ist der Staat nicht mehr verpflichtet, den vom Arbeitsmarkt Ausgeschlossenen ein existenzsicherndes Einkommen zu garantieren. EU-weit ist dem Bericht zufolge der frühere Trend »ambulant vor stationär« ins Gegenteil verkehrt worden. Menschen würden zunehmend wieder in Heimen untergebracht, weil die Mitgliedsstaaten ihnen die nötigen Mittel für ein Leben in den eigenen vier Wänden verweigerten. Zudem würden die stationären Leistungen verschlechtert: So erhöhte Portugal die Bettenzahlen pro Zimmer in der stationären Pflege und reduzierte die Quadratmeter Wohnraum, auf die ein Mensch im Heim Anrecht hat. Das Budget für integrativen Schulunterricht wurde deutlich verringert.

Die Krise hat auch in ideologischer Hinsicht Folgen. Die Autoren verzeichnen die Rückkehr zu einem auf medizinische Aspekte reduzierten Verständnis von Behinderung. Soziale Modelle, die stärker gesellschaftliche Dimensionen berücksichtigen, seien demgegenüber in der Defensive. Verändert haben sich auch die Einstellungen in der Bevölkerung: Wie Untersuchungen aus dem Vereinigten Königreich und Irland zeigen, überschätzten Befragte das Ausmaß von „Sozialbetrug“ durch Behinderte und führten zur Begründung ihrer Mutmaßungen Mediendarstellungen an. Zugenommen hat außerdem die Ablehnung einer gemeinsamen Beschulung von behinderten und nichtbehinderten Kindern (vgl. Hauben et al. 2012). Auch der EU-Kommissar für Menschenrechte konstatiert in einem Bericht von 2013, dass behinderte Menschen in der Krise besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind, dass ihnen der Zugang zu angemessenen Unterstützungsleistungen und das Leben außerhalb von Institutionen verwehrt bleiben (Council of Europe 2013).

In das letzte Jahrzehnt fällt der Aufstieg relativ neuer rechtsradikaler Kräfte in Europa und den USA, noch vor Beginn der so genannten Flüchtlingskrise. Zu nennen sind etwa die amtierenden Regierungen in Ungarn und Polen, die „Wahren Finnen“ und die „Schwedendemokraten“ in den skandinavischen Ländern, die AfD in Deutschland, der die

„Sarrazin-Debatte“ 2009 bis 2011 vorausging (vgl. Wagner & Zander 2011), das Erstarren des französischen „Front National“, das britische Brexit-Referendum, ein Wähleranteil von knapp 47 Prozent für den FPÖ-Kandidaten bei der österreichischen Präsidentenwahl und der Einzug Donald Trumps ins Weiße Haus. Diese Kräfte sind zweifellos rassistisch, aber Rassismus ist keine Erklärung, sondern erklärungsbedürftig, weil die Bedingungen für seine Anziehungskraft und Verbreitung nicht offensichtlich sind. Gewählt werden die Rechtspopulisten von Angehörigen verschiedener sozialer Schichten, insbesondere aber von Teilen der Mittelschichten, die finanziell zwar relativ gut dastehen, die aber über die Jahre kaum Einkommenszuwächse und sogar Verluste zu verzeichnen haben (vgl. Petersdorff 2016). Diese Leute glauben sich deshalb von sozialem Abstieg bedroht und von Mitmenschen umgeben, die angeblich auf ihre Kosten leben. Die Rechtsradikalen versprechen die Rückkehr in eine imaginäre Vergangenheit, in der der Sozialstatus dieser Schichten wiederhergestellt wird durch das Herabdrücken anderer Gruppen. Der Ökonom Mark Blyth (2016) spricht von dem Phänomen als „Global Trumpism“.

Was diese Entwicklung für behinderte Menschen bedeutet, ist schwer vorherzusagen. Wie geschildert, hat sich die öffentliche Stimmung gegen behinderte Menschen gewendet, die verstärkt des Sozialbetrugs verdächtigt werden. In Großbritannien sehen sich behinderte Menschen mit massiven Sozialkürzungen konfrontiert. Der bisher einzige behindertenpolitische Programmpunkt der Alternative für Deutschland ist der Erhalt der Sonderschulen. Sicher ist jedenfalls, dass uns schwere Zeiten bevorstehen. Und es wäre sehr erstaunlich, wenn dies nichts mit kapitalistischer Ökonomie zu tun hätte.

Literatur

- Blyth, M. (2016). Global Trumpism. *Foreign Affairs*, 15.11.2016, <https://www.foreignaffairs.com/articles/2016-11-15/global-trumpism>
- Boris, D. (2014). Der „Erdrutsch“ – zentraler Epochenbruch? *Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 100, <http://zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/1278.der-erdrutsch-zentraler-epochenbruch.html>.
- Bösl, E. (2016). Bundesdeutsche Behindertenpolitik im Jahrzehnt der Rehabilitation – Umbrüche und Kontinuitäten um 1970. In G. Lingelbach & A. Waldschmidt (Hg.), *Kontinuitäten, Zäsuren, Brüche? Lebenslagen von Menschen mit Behinderungen in der deutschen Zeitgeschichte* (82-115). Frankfurt/M.: Campus.
- Council of Europe (2013). *Safeguarding human rights in times of economic crisis*. <https://wcd.coe.int/com.instranet.InstraServlet?command=com.instranet.CmdBlobGet&InstranetImage=2933785&SecMode=1&DocId=2215366&Usage=2>.
- Engels, F. (1888). *Einleitung*. (Zu Sigismund Bornheims Broschüre „Zur Erinnerung für die deutschen Mordpatrioten“). http://www.mlwerke.de/me/me21/me21_346.htm
- Engels, F. (1893). *Kann Europa abrüsten?* http://www.mlwerke.de/me/me22/me22_369.htm#KAP_1
- Fraser, N. (2016). Contradictions of Capital and Care. *New Left Review*, 100, 99-117. <https://newleftreview.org/II/100/nancy-fraser-contradictions-of-capital-and-care>.
- Fuchs, P. (2001). „Körperbehinderte“ zwischen Selbstaufgabe und Emanzipation. Neuwied.
- Hage, S. & W. Hirn (2012). Anton Schlecker fällt weich. *Manager Magazin*, <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/handel/a-822892.html>.
- Hauben, H. et al. (2012). *Assessing the impact of the European governments' austerity plans on the rights of people with disabilities*. http://www.enil.eu/wp-content/uploads/2012/12/Austerity-European-Report_FINAL.pdf.
- Haug, W.F. (2003). *High-Tech-Kapitalismus*. Hamburg: Argument.
- Hobsbawm, E. (1999). *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München: dtv.
- Köbsell, S. (2012). *Wegweiser Behindertenbewegung*. Neu-Ulm: AG SPAK.

- Marx, K. & F. Engels (1845). Die deutsche Ideologie. In *MEW 3*, Berlin: Dietz.
- Maskos, R. (2017). *Thesen zur Inklusion - Utopie einer besseren Gesellschaft oder neoliberale Anrufung behinderter Menschen?* Vortrag, gehalten am 13.12.2016 an der Universität Hamburg im Rahmen der Ringvorlesung des Zentrums für Disability Studies an der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie, Hamburg. http://www.zedis-ev-hochschule-hh.de/files/maskos_131216.pdf.
- Meadows, D. et al. (1972). *Die Grenzen des Wachstums*. Stuttgart: DVA.
- Petersdorff, W. v. (2016). Trump und die weißen Männer. *FAZ*, 1.3.2016, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/menschen-wirtschaft/trump-waehler-weise-maenner-in-usa-zunehmend-unzufrieden-14098044.html>.
- Rudloff, W. Lebenslagen, Aufmerksamkeitszyklen und Periodisierungsprobleme der westdeutschen Behindertenpolitik bis zur Wiedervereinigung. In G. Lingelbach & A. Waldschmidt (Hrsg.), *Kontinuitäten, Zäsuren, Brüche? Lebenslagen von Menschen mit Behinderungen in der deutschen Zeitgeschichte* (54-81). Frankfurt/M.: Campus.
- UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (2015). *Abschließende Bemerkungen über den ersten Staatenbericht Deutschlands*. http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/UN-Dokumente/CRPD_Abschliessende_Bemerkungen_ueber_den_ersten_Staatenbericht_Deutschlands_ENTWURF.pdf.
- UNO (2008). Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie zu dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. *Bundesgesetzblatt*, 35, 31.12.08. <http://www.un.org/Depts/german/uebereinkommen/ar61106-dbgbl.pdf>.
- Wagner, Th. & M. Zander (2011). *Sarrazin, die SPD und die Neue Rechte*. Berlin: Spotless.
- Zander, M. (2004). Independent Living. In W.F. Haug (Hrsg.), *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*. Bd. 6.2 (873-883). Hamburg: Argument.
- Zander, M. (2010). „Revolutionäre Taubstummensbewegung“. Der Brief eines linken Gehörlosen aus dem Jahr 1931. *Das Zeichen*, 24: 84, 20-23.
- Zander, M./ Wagner, Th. (2009). Invaliden, Taubstumme, Tumultbeschädigte. *junge Welt*, Beilage „behindertenpolitik“, 19.8.2009.